

Monopolkommission

Hauptgutachten 2000/2001

Netzwettbewerb durch Regulierung

§ 61306

Juristische Gesamtbibliothek
Technische Universität Darmstadt



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Vierzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission 2000/2001

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	13
Kurzfassung	17
Einleitung	
Aktuelle Probleme der Wettbewerbspolitik	49
1. Telekommunikation – Reformdiskussion bei unsicherer Wettbewerbsentwicklung	49
1.1 Das zweite Sondergutachten der Monopolkommission nach § 81 Abs. 3 TKG	49
1.2 Eckpunkte für eine Stellungnahme der Bundesregierung	50
1.3 Der neue europäische Rechtsrahmen	51
1.4 Folgerungen für die Novellierungsdiskussion um das TKG	52
2. Perspektiven der Wettbewerbsentwicklung im Postmarkt	55
3. Regulierung von Rundfunk und Multimedia	58
4. Die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung	65
5. Die Reform des europäischen Kartellverfahrensrechts	69
6. „Daseinsvorsorge“ im europäischen Binnenmarkt	72
7. Sonderverkäufe nach den Vorschriften des UWG	75
8. Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen	77
9. Übertragung der Entscheidungsbefugnis im Ministererlaubnisverfahren	79

	Seite
10. Berücksichtigung von Unternehmensgruppen in der Konzentrationsberichterstattung: Gesetzlicher Auftrag an die Monopolkommission und das Statistische Bundesamt	80
10.1 Der Auftrag des Gesetzgebers	81
10.2 Der Beitrag des Statistischen Bundesamtes und der Monopolkommission zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	85
10.2.1 Zusammenarbeit im Jahr 2001 und Bericht an den Deutschen Bundestag	85
10.2.2 Beitrag der Monopolkommission zum Vollzug des § 47 Abs. 1 GWB: Aufbau einer Datenbank über Unternehmensgruppen	87
10.2.3 Stillstand der Arbeit an der Datenverknüpfung ab Januar 2002	88
10.2.4 Ungelöste Probleme der amtlichen Bundesstatistik	90
10.2.5 Ausblick: Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Bundesländer	91

Kapitel I

Der Einfluss der Beteiligungsnetze deutscher Unternehmen auf den Konzentrationsgrad	93
1. Konzeptionelle Grundlagen der Konzentrationsberichterstattung	93
1.1 Rechtliche und empirische Grundlagen zur Erfassung von Unternehmensgruppen	93
1.2 Operationale Definition des Begriffs der Gruppenbildung und Kontrolle	94
2. Begriff der Kontrolle und der Unternehmensgruppe unter Berücksichtigung datentechnischer Gesichtspunkte	95
2.1 Begriff der unternehmerischen Kontrolle nach Maßgabe einer Anteilsmehrheit am Kapital	95
2.2 Begriffliche und praktische Abgrenzung der Unternehmensgruppe ...	96
3. Datenquellen zum Beteiligungsnetz deutscher Unternehmen	97
3.1 Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	97
3.2 Datenquellen: Konzernstrukturdatenbank der Hoppenstedt Firmeninformationen GmbH, Beteiligungsdatenbank des Verbandes der Vereine Creditreform e.V.	98
4. Empirische Ergebnisse zum Beteiligungsnetz deutscher Unternehmen	99
4.1 Bedeutung der Beteiligungsquoten für die Netzwerkanalyse	99
4.1.1 Mengengerüst der ultimativen Eigner und der kontrollierten gruppenzugehörigen Unternehmen	99
4.1.2 Struktur der Tochterunternehmen nach der Beteiligungsquote des größten direkten Anteilseigners	101
4.1.3 Gemeinschaftsunternehmen	103
4.2 Struktur der ultimativen Eigner und der kontrollierten gruppenzugehörigen Unternehmen	103
4.2.1 Rechtsformen	103

	Seite
4.2.2 Staatlich kontrollierte Unternehmen	103
4.2.3 Verteilung von Mutter- und Tochterunternehmen nach Wirtschaftsräumen	103
4.2.4 Ausländische ultimative Eigner	106
4.3 Größenstrukturen der Unternehmensgruppen	107
4.3.1 Größenstrukturen der Unternehmensgruppen nach der Anzahl der Unternehmen	107
4.3.2 Größenstrukturen und Diversifikation der Unternehmensgruppen nach Wirtschaftsbereichen	112
4.4 Einfluss der Gruppenbildung der Unternehmen auf den Konzentrationsgrad	114
4.4.1 Einfluss der Gruppenbildung auf den Konzentrationsgrad der Tochterunternehmen	114
4.4.2 Einfluss der Gruppenbildung der Unternehmen auf die Konzentration im Einzelhandel mit Lebensmitteln	117
5. Zusammenfassung	119

Kapitel II

Ergebnisse der amtlichen Statistik zur Konzentration der Unternehmen und Betriebe	137
--	------------

Kapitel III

Stand und Entwicklung von Großunternehmen (aggregierte Konzentration)	171
--	------------

1. Gegenstand und Ziel der Untersuchung	171
2. Die hundert größten Unternehmen 1998 und 2000	172
2.1 Methodik der Ermittlung der „100 Größten“	172
2.2 Seit dem Berichtszeitraum 1998 eingetretene Veränderungen	179
2.3 Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der „100 Größten“	189
2.3.1 Wertschöpfung	189
2.3.2 Beschäftigte	190
2.3.3 Sachanlagen	192
2.3.4 Cashflow	193
2.4 Rechtsformen der „100 Größten“	195
3. Branchenspezifische Betrachtung	196
3.1 Aussagegehalt der branchenspezifischen Geschäftsvolumina	196
3.2 Industrie	196
3.3 Handel	201
3.4 Verkehr und Dienstleistungen	203
3.5 Kreditgewerbe	204
3.6 Versicherungsgewerbe	206

	Seite
4. Verflechtungen der „100 Größten“	208
4.1 Problemstellung	208
4.2 Anteilsbesitz an den „100 Größten“	209
4.2.1 Gegenstand und Datenquellen	209
4.2.2 Beteiligungen aus dem Kreis der „100 Größten“	210
4.2.3 Zusammenfassende Betrachtung aller Anteilseigner der „100 Größten“	218
4.3 Kooperationen im Rahmen von Gemeinschaftsunternehmen	226
4.3.1 Methodische Vorbemerkungen	226
4.3.2 Verflechtungen der zwanzig größten Unternehmen über Gemeinschaftsunternehmen	226
4.3.3 Verflechtungen der Kreditinstitute aus dem Kreis der „100 Größten“ über Gemeinschaftsunternehmen	231
4.4 Personelle Verflechtungen	233
4.4.1 Methodische Vorbemerkungen	233
4.4.2 Darstellung der personellen Verflechtungen zwischen den „100 Größten“	234
5. Die Beteiligung der „100 Größten“ an den dem Bundeskartellamt angezeigten Unternehmenszusammenschlüssen	246

Kapitel IV

Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen und Zusammenschlusskontrolle	251
1. Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen	251
1.1 Überblick über die Amtspraxis	251
1.2 Behinderungsmisbrauch	251
1.2.1 Verweigerung des Zugangs zum Fährhafen Puttgarden	251
1.2.2 Überhöhte Netznutzungsentgelte in der Stromversorgung	253
1.2.3 Unbillige Behinderung auf dem Benzinmarkt	255
1.2.4 Verkäufe unter Einstandspreis	256
1.2.5 Verdrängungswettbewerb durch Unterkostenpreise im Luftverkehr ...	258
2. Zusammenschlusskontrolle	261
2.1 Angezeigte Zusammenschlüsse und Untersagungen	261
2.2 Marktabgrenzung	264
2.2.1 Räumliche Marktabgrenzung in der Stromwirtschaft	264
2.2.2 Marktabgrenzung im Arzneimittelgroßhandel	266
2.3 Marktbeherrschung	267
2.3.1 Zusammenschlüsse im Energiebereich	267
2.3.1.1 Freigabe der Fusionen RWE/VEW und VEBA/VIAG	267
2.3.1.2 Vertikale Vorwärtsintegration im Energiesektor	270
2.3.2 Anwendung der Abwägungsklausel bei Zusammenschlüssen im Bereich der Breitbandkabelnetze	272
2.3.3 Gegengewichtige Marktmacht bei der Beschaffung von Rüstungsgütern	276
2.4 Bedingungen und Auflagen	278

	Seite
2.5	Wettbewerbsentwicklung im Handel 290
2.5.1	Einzelhandel mit Lebensmitteln 290
2.5.2	Einzelhandel mit Kosmetik und Parfümeriewaren 291
2.5.3	Einzelhandel mit Möbeln 292
3.	Europäische Fusionskontrolle 293
3.1	Überblick 293
3.2	Marktbeherrschung 295
3.2.1	Konglomerate Zusammenschlüsse 295
3.2.2	Marktbeherrschung auf Ausschreibungsmärkten 298
3.2.3	Oligopolistische Marktbeherrschung 301
3.2.4	Marktbeherrschung von nicht am Zusammenschluss beteiligten Unternehmen 301
3.3	Kausalität 303
3.3.1	„failing company defense“ 303
3.3.2	Mangelnde Spürbarkeit eines Zusammenschlusses 304
3.4	Änderungsverpflichtungen 305
3.4.1	Die Bekanntmachung der Europäischen Kommission 306
3.4.2	„Veräußerungszusagen“ und „andere Abhilfemaßnahmen“ in der Entscheidungspraxis 308
3.4.3	Abhilfemaßnahmen ohne strukturellen Charakter 309
3.5	Auflösung vollzogener Zusammenschlüsse 311
3.6	Verweisungspraxis nach Artikel 9 FKVO 313
3.6.1	Überblick 313
3.6.2	Verweisung trotz nationaler Marktabgrenzung 314
3.6.3	Verfahrensabgabe bei kollektiver Marktbeherrschung 315
3.6.4	Teilverweisung und Eröffnung des Hauptverfahrens 315
3.6.5	Verweisung als Ermessensentscheidung der Europäischen Kommission? 317
3.7	Verfahrensabgabe gemäß Artikel 22 FKVO 317
3.7.1	Praktische Bedeutung und Defizite der Bestimmung 317
3.7.2	Abhilfemaßnahmen 319
3.8	Reformüberlegungen 320
3.8.1	Die Zuständigkeitsverteilung 320
3.8.1.1	Gemeinschaftsweite Bedeutung 320
3.8.1.2	Verweisung an die Mitgliedstaaten (Artikel 9 FKVO) 323
3.8.1.3	Gemeinsame Verweisungen an die Kommission (Artikel 22 Abs. 3 FKVO) 324
3.8.2	Der materiell-rechtliche Prüfungsmaßstab 325
3.8.2.1	Marktbeherrschungstest versus „substantial lessening of competition“ 325
3.8.2.2	Fusionsspezifische Effizienzvorteile 326
3.8.3	Verfahrensrechtliche Aspekte 328
3.8.3.1	Vereinfachtes Verfahren 328
3.8.3.2	Das Fristenregime bei Zusagen 328

	Seite
Kapitel V	
Das Internet als wettbewerbspolitische Herausforderung	331
1. Einleitung	331
2. Wirtschaftliche Bedeutung und Charakteristika des Internet	331
2.1 Die Struktur des Internet	331
2.2 Internetdienste	332
2.3 Nutzung des Internet	332
2.3.1 Umfang und Art der Nutzung	332
2.3.2 Prognosen zur Internetnutzung	333
2.4 Wettbewerbliche Situation auf der Ebene der Netzinfrastruktur	333
2.4.1 Internet Service Provider	333
2.4.2 Physikalischer Zugang	333
2.5 Charakteristika der Internetwirtschaft	334
2.5.1 Netzwerkeffekte	334
2.5.2 Größenvorteile und verminderte Transaktionskosten	336
2.5.3 Indirekte Finanzierung	336
2.5.4 Individualisierung und Fragmentierung der Märkte	337
2.5.5 Neue Kooperationsformen	338
2.5.6 Innovation	339
3. Wettbewerbspolitik für das Internet	339
3.1 Marktabgrenzung und Marktstrukturkontrolle	339
3.2 Markttransparenz	340
3.3 Marktzugang	340
3.4 Missbrauchspotential	341
3.5 Marktkonzentration	341
4. Spezifische kartellrechtliche Problembereiche	343
4.1 Rechtliche Rahmenbedingungen	343
4.1.1 Die E-Commerce-Richtlinie und ihre Umsetzung in nationales Recht	343
4.1.2 Internetbuchhandel	344
4.1.3 Abschaffung von Rabattgesetz und Zugabeverordnung	345
4.2 Internet-Handelsplattformen	345
4.2.1 Problembereiche	346
4.2.2 Bewertung	347
4.3 Schutz von Immaterialgüterrechten im Internet	347
4.4 Patentierbarkeit und Patentierung von Softwareprodukten	348
4.5 Probleme des Online-Arzneimittelvertriebs	350

	Seite
4.6	Missbrauchskontrolle: Der Fall Microsoft 351
4.6.1	Verfahrensverlauf 351
4.6.2	Betriebssystem und Browser 352
4.6.3	Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung 352
4.7	Zusammenschlusskontrolle 353
4.8	Forschung und Entwicklung 353
4.9	Lenkung von Standardisierungsvorgängen 354
5.	Perspektiven der Regulierung 354

Kapitel VI

Der Zugang zu wesentlichen Einrichtungen als Problem der Missbrauchsaufsicht und der sektorspezifischen Regulierung 357	
1.	Problemstellung 357
2.	Ausgangslage 359
2.1	Netzzugangsregulierung nach §19 Abs. 4 Nr. 4 GWB 359
2.2	Verfahren zur Durchsetzung von §19 Abs. 4 Nr. 4 GWB 361
2.3	Defizite von § 19 Abs. 4 Nr. 4 GWB 361
3.	Gestaltungsmöglichkeiten einer Missbrauchsaufsicht nach § 19 Abs. 4 Nr. 4 GWB 362
3.1	Erfahrungen mit der „essential facilities“-Doktrin in den USA 362
3.2	Möglichkeiten einer Missbrauchsaufsicht nach § 19 Abs. 4 Nr. 4 GWB 365
3.2.1	Einzelverhandlungen und Unternehmenstarife 366
3.2.2	Branchentarife 366
3.3	Zwischenergebnis 368
3.4	Reformmöglichkeiten 368
4.	Regulierter Netzzugang 369
4.1	Ansätze der Preiskontrolle bei einem regulierten Netzzugang 370
4.1.1	Kostenregulierung 370
4.1.2	Anreizregulierung 373
4.1.3	Relevante Abwägungen 374
4.2	Qualitätsregulierung 375
4.3	Unabhängigkeit der Regulierungsinstitution 376
4.4	Ex-ante-Regulierung und Einheitlichkeit der Wettbewerbspolitik 377
5.	Vertikale Separierung 379
6.	Regulierungserfordernisse bei der Bahn 380
6.1	Wesentliche Aspekte der Netzökonomie 380
6.2	Organisationsstruktur der Deutschen Bahn AG 382
6.3	Wettbewerbsprobleme vertikal integrierter Eisenbahnen 383

	Seite
6.4	Die Lösungsansätze der Task Force „Zukunft der Schiene“ 384
6.5	Anforderungen an ein wettbewerbsorientiertes Regulierungsregime 385
7.	Regulierungserfordernisse in der Energiewirtschaft 386
7.1	Wesentliche Aspekte der Netzökonomie 386
7.1.1	Wertschöpfungsstufen in der Strom- und Gaswirtschaft 386
7.1.2	Netzökonomie in der Stromwirtschaft 387
7.1.3	Netzökonomie in der Gaswirtschaft 388
7.2	Netzzugang für Dritte 389
7.2.1	Grundlegende Netzzugangsmodelle 389
7.2.2	Netzzugangsfragen in der Stromwirtschaft 389
7.2.3	Netzzugangsfragen in der Gaswirtschaft 390
7.3	Der verhandelte Netzzugang 391
7.3.1	Inhalte der Verbändevereinbarung Strom 392
7.3.2	Inhalte der Verbändevereinbarung Gas 393
7.4	Wettbewerbspolitische Probleme des verhandelten Netzzugangs 395
7.5	Anforderungen an ein wettbewerbsorientiertes Regulierungsregime 398
8.	Forderungen an die Wettbewerbspolitik 401

Anhang

Anhang A.	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Auszug: §§ 44 bis 47) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 1998 (BGBl. I S. 2546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2000 406
Anhang B.	Untersagungen durch das Bundeskartellamt – Verfahrensstand Ende 2001 408
Anhang C.	Verfahren der Europäischen Fusionskontrolle – 1998 bis 2001 421
Anhang D.	Veröffentlichungen von im Auftrag der Monopolkommission erstellten Gutachten 502
Anhang E.	Gutachten der Monopolkommission 506
Anhang F.	Gemeinsamer Bericht der Monopolkommission und des Statistischen Bundesamtes zur Berücksichtigung von Unternehmensgruppen in der amtlichen Wirtschaftsstatistik gemäß § 47 Abs. 1 GWB an den Deutschen Bundestag 508